

Bezugspreis:

Vierteljährlich 180.— M. monatlich 61.— M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 22. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Faschistenultimatum in Mailand.

Mailand, 21. Juli. (CP.) Die Lage im Streitgebiet hat sich im Laufe des Tages verschärft. Der Faschistenführer Mussolini ist heute morgen in Mailand angekommen.

haben die Sozialisten heute vormittag vier Volksversammlungen abgehalten, jedoch ohne besonderes Interesse des Proletariats.

Mailand, 21. Juli. (CP.) Der Gewerkschaftsbund hielt am Freitag, nachmittags 4 Uhr, eine Versammlung ab, in der die Arbeiterkammern von Mailand, Turin und einer Reihe lombardischer Städte veriterten waren.

Die Regierungskrise.

Mailand, 21. Juli. (CP.) Die italienische Ministerkrisis wird allem Anschein nach länger dauern als man annahm, und ihre Lösung wird sich schwierig gestalten.

Die Finanzaufsicht.

Das Schreiben des Garantiekomitees an den Reichskanzler liegt nunmehr im vollen Wortlaut vor. Es bestätigt alles, was durch die offiziellen Mitteilungen bereits bekannt war.

Gegen Moskauer Bluturteile.

Aus Brüssel erhalten wir nachstehendes Telegramm: Die in öffentlicher Versammlung tagenden Brüsseler Arbeiter beschließen nach Anhörung der Referate der Genossen Liebknecht, Kasperfeld und Wandervelde, sich dem Protest des internationalen Proletariats gegen die offenkundige Vorbereitung eines Mordes an den Sozialrevolutionären durch die Sowjetregierung anzuschließen.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages setzte die am Mittwoch abgebrochenen Beratungen über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee am Freitag fort.

Da das Memorandum des Garantiekomitees bereits die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hatte, und es sich insofern, soweit die Regierung in Frage kam, lediglich um eine Information des Ausschusses handelte, wurden Beschlüsse nicht gefasst.

Der englische Lordkanzler über Deutschland.

London, 21. Juli. (Dena.) Der englische Lordkanzler Birkhead hielt im Anstrahlsch-Neuseeländischen Klub eine bedeutsame politische Rede, in der er namentlich über die schwierige Lage Deutschlands und seiner Regierung sprach.

„Ich möchte mir nicht an, da ich auf diesem Gebiete keine besonderen Kenntnisse beanspruchen kann, über die gegenwärtige Lage in Deutschland autoritativ zu sprechen. Aber dessen bin ich ganz sicher, daß man in Europa die Zivillisation niemals wiederherstellen und die Wohlfahrt unseres Landes nie wieder ganz zum Aufblühen bringen kann, wenn es Deutschland nicht auf diese oder jene Weise ermdigt wird, wieder seinen Beitrag an die Völker und den Handel Europas beizutragen, der in den Kräfte dieses sehr beachtenswerten, gebildeten und falsch dargestellten Volkes liegt.“

Ich spreche es ganz offen als meine Meinung aus, daß Deutschland nicht imstande sein wird, diesen seinen Anteil, der für Großbritannien ebenso unentbehrlich ist wie für es selbst, zu leisten, solange es sich in seiner gegenwärtigen finanziellen Lage befindet.

Ich glaube daher, wir würden einen schweren Fehler begehen, wenn wir nicht die außergewöhnlichen Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die die Aufgaben der deutschen Regierung in den letzten Jahren auf Schritt und Tritt erschwert haben.

Neues Verbot. Der Oberpräsident für Ostpreußen hat das „Sögener Tageblatt“ wegen eines „Urteils eines amerikanischen Republikaners“ betitelten Artikels auf drei Wochen verboten.

Was insbesondere die Gestaltung des Reichshaushalts angeht, so ist daran zu erinnern, daß ja die Beschlüsse und Voranschläge dem Garantiekomitee nicht eher ausgeliefert werden sollen, als sie dem Reichsrat zugehen, d. h. ehe auch die weitere Öffentlichkeit sie erfährt.

Die Reichsregierung hat diesen sorgfältig formulierten Forderungen zugestimmt in der Erwartung, daß auf diese Weise der Weg zu einem Moratorium geebnet wird.

Was die geforderten Maßnahmen gegen die Kapitalflucht betrifft, so kann es nur einen Streit darüber geben, ob sie in der von der Entente gewollten Form zweckmäßig sind, nicht darüber, ob die Kapitalflucht selbst zu bekämpfen ist.

Die statistischen Angaben, die gefordert werden, sind — bis auf einige Ausnahmen in der verlangten Finanztafel — bereits jetzt öffentlich zugänglich, ihr Ausbau ist sogar im allgemeinen Interesse erwünscht. Das gilt jedoch nicht für die

Anzeigenpreis:

Die einpaltige Normalspaltzeile kostet 25.— M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.



periodischen Uebersichten, die das Finanzministerium zu erstatten hat. Hier werden Auskünfte verlangt, deren Zweck nicht ersichtlich ist.

Alles in allem: Es ist eine harte Aufgabe für den säumigen Schuldner, dem Gläubiger so weitgehenden Einblick in seine Lage zu gewähren, vor allem wenn man sich bewußt ist, daß das Gegenteil von dem Bemöhten erreicht wird. Sollte das Garantiekomitee mit praktischen Vorschlägen helfen, die Steuern einzutreiben, so ließe sich darüber reden. Gibt es doch genug zahlungskräftige Leute in Deutschland, gegen deren Patriotismus die Hilfe eines unparteiischen Gerichtsvollziehers sehr gut zu gebrauchen wäre. Zu denken ist da vor allem an diejenigen, die „diesem Staat keinen Pfennig“ geben wollen und aus den Steuerersparnissen reaktionäre Geheimbünde bezahlen können. Mit den Kontrollrechten aber wird die Garantiekommission nichts nach dieser Richtung erreichen. Sie schützt nur den Haß derer, die schon jetzt aus der Verklappung Deutschlands politisches Kapital schlagen, sie wird auch vielerorts passive Resistenz wecken, damit aber die ehrliche Arbeit an der finanziellen Gelundung Deutschlands erschweren. Wenn die Regierung das in Kauf nahm, so deswegen, weil sie mit den Zugeständnissen sich ein Recht auf Erleichterung der Zahlungen, ein Recht auf internationale Hilfe aus dem Valutaeld erwirbt. Jetzt hat Paris das Wort.

Ein Merkmal dieser Verhandlungen verdient noch festgehalten zu werden:

In den Forderungen verlangt das Garantiekomitee außerordentlich weitgehende Maßnahmen, um in die deutschen Finanzen denjenigen Einblick zu gewinnen, der ein Urteil über die Zahlungskraft Deutschlands zuläßt. Verlangt das nach dem Studium dieser Akten und langer Rücksprachen. Es ist aber, obwohl es aus Fachleuten besteht, noch nicht genügend unterrichtet.

Zur gleichen Zeit verlangt in Paris, von Sachkenntnis ungetrübt, Poincaré, Deutschland müsse schuldig erklärt werden, seine Zahlungsunfähigkeit selbst fahrlässig herbeigeführt zu haben!

Das ist bezeichnend für die Art, wie das Volk des freien Geistes gegenüber dem unterdrückten Gegner Politik macht — eine Politik, die sich selbst richtet!

## Die Finanzkontrolle.

Aus dem Wortlaut des Memorandums geben wir den wichtigsten Teil, der von der Finanzkontrolle handelt, nachstehend im Auszug wieder:

### I. Einnahmen und Ausgaben.

I. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders akkreditiert werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befassen wird.

II. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen.

Die Staatssekretäre werden diese Delegierten und ihre Vertreter mit den Abteilungsleitern in Verbindung setzen, deren Tätigkeit ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von Nutzen sein kann.

III. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten unaufgefordert dem Garantiekomitee nachstehende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:

- Den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.
- Alle Gesetzentwürfe fiktalischer Art. Diese Entwürfe werden zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.
- Jeder Antrag auf einen Nachtragskredit zu den im Haushalt vorgesehenen Krediten, den die Reichsregierung im laufenden Haushaltsjahr im Reichstag einzubringen beabsichtigt. Diese Vorlagen werden zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.

A) Jede Entscheidung des Reichsfinanzministers, durch die einem Ministerium ein über die im laufenden Haushaltsplan genehmigten Kredite hinausgehender Ergänzungskredit bewilligt worden ist. — Diese Mitteilung wird in Gestalt einer monatlichen Uebersicht gemacht werden.

(Es folgen Einzelbestimmungen für Etatsüberschreitungen kleineren Umfangs. Red.)

c) Abschrift der monatlichen Kassenausschlüsse, die jede Zentralbehörde dem Reichsfinanzministerium einreicht und in denen für jedes Kapitel des Haushaltsplanes angegeben ist: 1. der Betrag der Ausgaben, die für Rechnung dieses Kapitels im vorhergehenden Monat gemacht sind, 2. der Betrag, der für Rechnung dieses Kapitels seit Beginn des Rechnungsjahres gemachten Ausgaben.

f) In regelmäßigen und bestimmten Zeitabständen eine Mitteilung über die vom Ersparnisminister, der nach einer kürzlich von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidung bestellt werden soll, erzielten Ergebnisse. Wenn die Einrichtung des Ersparnisministeriums vollzogen ist, sollen die genannten regelmäßigen und bestimmten Zeitabstände im Einvernehmen mit der deutschen Regierung festgelegt werden.

g) Zur gleichen Zeit wie den Landesfinanzämtern Abschrift der Verordnungen (règlement), in denen allgemein das Verfahren der Veranlagung und der Erhebung irgendeiner Steuer geregelt wird oder in denen eine bestehende Regelung geändert wird. Das Reichsfinanzministerium wird außerdem die Runderlasse an die Landesfinanzämter, die geeignet sind, die Einnahmen und die Verbuchung der Einnahmen zu ändern, zwecks Einsichtnahme im Reichsfinanzministerium zur Verfügung der akkreditierten Beamten des Garantiekomitees halten.

h) Die in der anliegenden Liste aufgeführten periodischen Uebersichten, über die die Delegierten alle für dienstlich ersuchten Aufklärungen erbitten können.

(Diese Uebersichten sind in Anlage I erläutert. Sie verlangen insbesondere Auskunft über den Stand der Veranlagung für Körperschafts-, Einkommen- und Umsatzsteuer, wobei über die Einnahmen aus der Lohnsteuer besonders detailliert zu berichten ist, ferner tägliche Mitteilungen über die schwebende Schuld, zehntägige Uebersichten über die Finanzlage des Reiches, Monatsübersichten über die Reicheinnahmen an Steuern, Zöllen, Abgaben und aus Reichsbetrieben, ähnliche Vierteljahrs- und Jahresberichte.)

IV. Die Delegierten und ihre Vertreter werden in ständiger Fühlung mit den beteiligten Stellen des Reichsfinanzministeriums (vgl. Ziffer II) diejenigen Auskünfte sammeln, die für das Komitee notwendig sind, um in voller Kenntnis der Sachlage zu beurteilen:

die Steuerprojekte, die Veranschlagung der Steuererträge, die Veranschlagung der Ausgaben nach dem Haushaltsentwurf oder die Ausgaben über die Anlage des Haushalts hinaus, welche dem Garantiekomitee in der oben angegebenen Weise offiziell übermittelt worden sind.

V. Die Delegierten müssen außerdem diejenigen Maßnahmen kennenlernen, welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um das Funktionieren der Steuererträge und des Rechnungswesens sicherzustellen.

VI. Die Delegierten und ihre Vertreter haben insbesondere die Aufgabe:

- sich davon zu vergewissern, daß ohne besondere Genehmigung der zuständigen Stelle keine Zahlung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überschreitet,
- sich von dem jeweiligen Stande der Veranlagung, von der Richtigkeit der Verbuchung der rechnerischen Ergebnisse und von der Art der Aufstellung der Statistiken zu vergewissern,
- die Ursachen von Verzögerungen kennenzulernen, die bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern festgestellt werden,
- sich Rechenschaft zu geben über die Tätigkeit, welche von dem Veranlagungsdienst bei Anwendung der gesetzlich vorgegebenen Prüfungsmethoden ausgeübt und welche von den Steuerhebestellen bei Anwendung der gesetzlichen Verwaltungsmethoden erfolgt wird.

VII. Die Delegierten werden ferner, soweit es sie angeht, über die Arbeiten und Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsamtes unterrichtet werden.

Zu diesem Zweck werden sie von den Richtlinien im Kenntnis gesetzt werden, die für die Arbeiten der Prüfungsbeamten dieses Dienstes gegeben sind, und sie werden über das Ergebnis der Tätigkeit dieser letzteren, soweit diese für ihre Aufgabe von Interesse ist, Mitteilung erhalten.

VIII. Das Garantiekomitee hat davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung demnach einen der Zentralverwaltung angegliederten beweglichen Nachprüfungsdienst schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordneten Dienststellen zu inspizieren.

Der Inhalt der Berichte der beweglichen Inspektionsbeamten wird, soweit er auf die Aufgabe des Garantiekomitees Bezug hat, dessen Delegierten mitgeteilt werden.

Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ersuchen die Inspektionsbeamten dieses Nachprüfungsdienstes zum Zwecke der Vornahme von Stichproben begleiten. Bei diesen Stichproben werden sich die Beamten des Garantiekomitees die Notwendigkeit vor Augen halten, den Gang der Verwaltung nicht zu stören und das Geheimnis des Vermögens und der Angelegenheiten der Steuerzahler zu achten.

Die Delegierten können eventuell mit Zustimmung des zuständigen Staatssekretärs Dienststellen bezeichnen, bei denen diese Stichproben stattfinden sollen. Im Falle der Nichtzustimmung seitens des Staatssekretärs werden die Gründe dem Garantiekomitee schriftlich mitgeteilt werden.

Der oben genannte Nachprüfungsdienst soll am 1. November 1922 in Tätigkeit sein.

### II. Schwebende Schuld.

Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen, jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld zu kennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet.

Zu diesem Zweck wird einer der in der Ziffer I des Kapitels I dieses Memorandums vorgesehenen Delegierten oder einer ihrer Vertreter von der deutschen Regierung bei dem Reichsfinanzministerium herausgegeben und in der anliegenden Liste aufgeführten Aufstellungen über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben überlassen.

Darüber hinaus wird das Reichsfinanzministerium als Ergänzung der zehntägigen Nachweisung (Nr. 2 der Anlage II) nähere Mitteilungen über die Zusammenlegung der schwebenden Schuld machen, und zwar insbesondere bezüglich des Zinsfußes, der Währung und der Umlaufzeit unter Angabe der Fälligkeiten bis zu 3, 6, 9 oder 12 Monaten sowie der länger als 1 Jahr laufenden.

Das Reichsfinanzministerium wird dem obengenannten Beamten die Aufklärungen geben, die er hinsichtlich der ihm mitgeteilten Aufstellungen verlangt, und wird ihn in die Lage versetzen, die Richtigkeit der ihm übergebenen Uebersichten zu prüfen.

Zum Titel

### Unterdrückung der Kapitalflucht

sind ins einzelne gehende Richtlinien ausgearbeitet und in das Memorandum aufgenommen, die ergänzende Bestimmungen über die Bekämpfung der Kapitalflucht enthalten. In einzelne gehende Leitsätze kennzeichnen die Art, wie die Durchführung dieser Bestimmungen gedacht ist.

### Statistiken.

Hier werden Statistiken des Außenhandels verlangt, solche für Verkehr und Schifffahrt, dann eine Produktionsstatistik und eine Finanzstatistik. Für die Ausfuhr wird die Uebersicht getrennt nach solchen Posten, die in Mark, und solchen, die in fremder Währung abgeschlossen sind, gefordert.

## Vertrauensvotum für Lerchenfeld.

München, 21. Juli. (M.B.) Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei tagte am Freitag unter dem Vorsitz des Parteivorstehenden Speck in München. Die Versammlung war aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld und der anderen vier der Partei angehörenden Staatsminister wurden eingehende Beratungen über die politische Lage gepflogen. Der Landesausschuß ist zu dem einhelligen Entschluß gekommen, mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns gegen die Reichstagsbeschlüsse in der Frage des Schutzes der Republik aufs entschiedenste zu wahren. Dem Ministerpräsidenten und den übrigen Mitgliedern der Reichs- und Landtagsfraktion wurde das vollste Vertrauen ausgesprochen.

## Ein darwinistischer Prälat.

Zu Gregor Mendels Gedenktag, am 22. Juli.

Bererbung und Anpassung sind die beiden stärksten Kräfte, auf denen der Entwicklungsgedanke, die darwinistische Weltanschauung beruht. Als der erste Sturm verhaucht war, ging die Wissenschaft daran, das Ganze neu zu überprüfen, zu kritisieren und neu zu begründen, wobei natürlich auch Ueberlebtes ausgeschaltet werden konnte. Da stellte der Holländer de Vries seine ebenfalls stark angefochtene Mutationslehre auf. Tschermak in Wien beschäftigte sich mit dem Studium der Bererbung an allerlei Pflanzenbestandteilen und Correns (Münster, heute Berlin) gelang es, eine sehr schöne Theorie der Bererbungslehre aufzustellen, die sich für die Folge äußerst fruchtbar erwies. Das Lehrbuch der Bererbungslehre von Richard Goldschmidt, das die Literatur dieses Gebietes bis zum Ausbruch des Weltkrieges zusammenstellt, umfaßt auf 50 Seiten etwa 900 Nummern! Vorher hatte man sich mehr um die Anpassung bemüht, den anderen Faktor.

Eines im Jahre 1900, als das noch in den Anfängen steckte, machte man eine ganz wunderbare Entdeckung. Nämlich: die Idee war schon einmal gedacht worden, die grundlegenden Versuche waren schon vierzig Jahre früher gemacht und vor fünfundsiebzig Jahren veröffentlicht worden, und zwar in einer ungemein klaren, wissenschaftlichen, klassischen Darstellung, freilich in einer vergessenen Zeitschrift eines naturforschenden Vereins in Brünn. Der diese Versuche angestellt hatte, war ein katholischer Geistlicher und Lehrer namens Gregor Mendel, der in der Stille seines Klostersgärtchens diese ganz einzigartigen Experimente mit der Züchtung von Pflanzen anstellte, nebst Betrachtungen, die fast dem Gesichtskreis gerade eines Geistlichen meilenfern liegen. Die wissenschaftliche Welt begehrt heute seinen hundertsten Geburtstag, denn er ist am 22. Juli 1822 in einem Dorfe Heinzendorf in Oesterreich-Schlesien geboren.

Wie es Erbenerbschaft gibt, so gibt es auch Entdeckererbschaft. Mendel wurde später Abt und Prälat und kam vor Amtsgeschäften nicht dazu, seinen Untersuchungen, die sich durch geniale Fragestellung und konsequente Berechnung des Möglichen auszeichneten, fortzuführen. Nur zwei kleine Abhandlungen hat er geschrieben, die heute zu den klassischen Schriften der Naturforschung gehören, wie etwa Werke Linnés oder Darwins. Aber er hat doch versucht, andere Botaniker für seine Sache zu interessieren. Er schickte seine Schriften u. a. an Nägeli in München, der auch über einer Bererbungslehre brütete. Und hier schon wir so recht, was Forschererbschaft ist. Nägeli Assistent war damals Schwendener und Schwendeners Assistent war später Correns, der Neuentdecker der Mendelschen Lehre! Wie viel schneller hätte alles gehen können! Aber Nägeli konnte sich mit den Mendelschen Gedanken nicht befreunden, und Schwendener, der später in Berlin der Mitstreiter der Botanik war, wurde erst in seinen letzten Jahren, etwa 1910, durch seinen damaligen Assistenten Clausen gewonnen; er trug dann in der Tat die Mendelschen Lehren in seinem Kolleg vor, dreißig Jahre zu spät.

Mendel selbst ist 1884 in Brünn gestorben, ohne zu ahnen, welch großen Einfluß seine Versuche dereinst auf die Welt ausüben würden. Heute weiß jeder halbwegs Gebildete etwas vom Mendelismus, von mendelischen Eigenschaften, von der Bererbung durch Gameten, von dominierenden und rezessiven Eigenschaften. Es ist eine wunderbare, verblüffend einfache und doch wieder teilweise komplizierte Lehre, die manchmal annahmet wie reine Mathematik.

Die bei der Kreuzung von Erbsen, Bohnen und Habichtskräutern beobachteten Gesetzmäßigkeiten besagen: Kreuzt man Pflanzen oder Tiere, die in bezug auf ein Merkmal (z. B. Blütenfarbe) wesentlich voneinander verschieden sind, so zeigen die Nachkommen in der ersten Generation alle nur das Merkmal eines der beiden Erzeuger. Dieses Merkmal ist dann vorherrschend, während das andere nur versteckt vorhanden ist, wie die nächste Generation zeigt. In dieser zweiten Generation zeigen dann drei Viertel der Abkömmlinge das vorherrschende, ein Viertel zeigt aber wieder das versteckte Merkmal. Dieses letzte Merkmal bleibt nunmehr in allen folgenden Generationen der betreffenden Abkömmlinge konstant und vererbt sich unverändert stets weiter, während das vorherrschende Merkmal sich schon in der dritten Generation wieder spaltet.

Sowohl Mendel wie Correns begannen ihre Versuche mit der Blütenfarbe an Pflanzen, aber die gefundenen Regeln galten ebenso für andere Eigenschaften. Man wünscht vielleicht Kaninchen oder Schafe zu züchten, die ein besonders gefärbtes Fell haben, man züchtet Tiere mit Angoramolle, Geflügel mit einem eigens gewählten Gefieder, hohelhaarige Hunde. Man sucht ein Schwein, ein Kind, das gegen Kollaus, gegen Klauenflechte größeren Widerstand besitzt als unsere gewöhnlichen Tiere. Man braucht Hennen, die keinen besonderen Brutinstinkt haben. Man wünscht eine Zwergrosse oder eine Riesentruffe von Hunden, Pferden, Kindern zu züchten. Der Gärtner will von einer Pflanze eine Sorte züchten, die den spezifischen Duft des Gewürzohrs in verstärktem Maße aufweist, oder er will zu Dekorationszwecken geeignete Blattformen, bizarre Blüten, Behaarungen, Stachelnfreiheit u. a. m. erzielen. Fortgesetzt werden Rassen von Getreide auf den Markt gebracht, die gegen Frost, gegen Rost, gegen Trockenheit widerstandsfähig sind, die besonders früh oder besonders spät reifen, die hohen Ertrag an Körnern oder auch an Stroh oder an beiden bringen. Täglich erscheinen neue Sorten von Zierblumen oder Früchten, kommen neue Rassen von Rühlern, von Sporttieren. Früher sprach man einfach von Zuchtwahl, heute heißen die Mendelschen Regeln, den Zufall ziemlich auszuscheiden.

Das ist nur eine Seite des sogenannten Mendelismus. Eine andere ist seine Hilfe zur wissenschaftlichen Erkenntnis, z. B. des Menschengeschlechts. Doch gleiche Eltern gleiche Kinder ergeben, erscheint natürlich; aber alle Menschen sind ja etwas verschieden, und so können die Unterschiede, die sich fortpflanzen. Man braucht nicht bis zu den Beständen aus verschiedenen Rassen, etwa Weissen und Negern, vorzudringen. Wohl alle jetzt bestehenden Rassen sind eigentlich Mischrasen, aber nach den Mendelschen Gesetzen müssen in bestimmten Fällen unter mathematisch berechenbarem Voraus-

setzungen Urtypen wieder herauskommen, sei es in dieser oder jener Richtung, mehr oder minder vollkommen. Das sind die sogenannten Miasmen, Rückfälle. Haarfarbe, Augenfarbe, Schädelform, ob Langschädel oder Kurzschädel, ob Schichthaar oder Wellhaar u. a. m., die alten Unterscheidungsmerkmale erscheinen auf einmal in neuer Beleuchtung. Und was noch mehr wert ist, die Betrachtung wird fruchtbar für die Zukunft des Menschengeschlechtes, wenn wir erst einmal so weit sein werden, daraus für die sich immer dringlicher ankündigende Eugenik die nötigen Schlüsse zu ziehen.

So erweist das, was eigentlich mehr Nebenbeschäftigung eines Amateurs war, die fast vergessene Arbeit eines katholischen Geistlichen die tiefsten Ausblicke.

Dr. K. R.

Der Mann mit den goldenen Rippen. Breslau beherbergt einen Mann, der im wahren Sinne des Wortes einen „Schuh in seinem Fuß“ trägt. Die Lebensgeschichte des heute vierundvierzigjährigen hat mit seinem 29. Lebensjahre die Straße des Büttgen verlaufen. Im Jahre 1907 war er als Schlossergeselle gelegentlich einer Arbeit auf dem Dach eines drei Stockwerke hohen Hauses von einem Wutstich in die Tiefe geschleudert worden. Mit schweren und gleichbar tödlichen Verletzungen wurde er nach der Klinik gebracht, wo die Ärzte einen Bruch des Schädels und eine Verkrümmung fast des gesamten Brustkorbes — nur eine Rippe war ganz geblieben — konstatierten. Der Fall schien hoffnungslos. Doch die ärztliche Kunst bekam Unterstützung durch die gesunde Konstitution des Verunglückten. Bei sorgfältiger Pflege und Bewachung, und ohne die geringste Beweinung ausführen zu dürfen, verbrachte der Mann nicht weniger als 4 1/2 Jahre in der Heilanstalt. Dann beschloßen die Ärzte, einen Versuch zu machen, ihn dem gewöhnlichen Leben und der Arbeit wiederzugeben. Er wurde in die chirurgische Klinik gebracht, wo nunmehr damit begonnen wurde, sein Knochengestüst zu ergänzen und zu ersetzen. In den Schichten wurde eine Metallplatte eingesetzt und der Brustkorb durch goldene Rippen ergänzt, die den eblernen Weichteilen die notwendige Stütze boten. Nach 2 1/2 Jahren war das Wunderwerk vollendet. Der Mann konnte die Klinik verlassen und seinen Angehörigen übergeben werden. Seit jener Zeit ist er auch wieder beruflich in einer Zigarrenfabrik tätig, wo er eine Maschine zu bedienen hat.

Damit wäre die Lebensgeschichte des Mannes mit den goldenen Rippen“ erschöpft, wenn nicht noch eine Angelegenheit mit hinein-spiele, die einer gewissen Phantastik nicht entbehrt. Für die Wiederherstellung des verunglückten Schlossergesellen wurden letztendlich von der Berufsgenossenschaft Beträge bereitgestellt, die auch für die damalige Zeit erheblich genannt werden mußten. Den größten Aufwand beanpruchte die Beschaffung des für die Rekonstruktion seines Brustkorbes erforderlichen Edelmetalls, namentlich des Platins und des Goldes. Und die Angehörigen des Patienten mußten einen Revers unterzeichnen, wonach sie sich damit einverstanden erklärten, daß die Werte nur teilweise überlassen wurden und nach dem Tode des Schlossergesellen wieder Eigentum der Berufsgenossenschaft würden. Der Krieg und vor allem die Nachkriegszeit hat bekanntlich eine enorme Versteigerung des Platins und des Goldes gebracht, so daß der Mann mit den goldenen Rippen heute im wahren Sinne des Wortes ein enormes Vermögen in seiner Brust trägt.



# Die Säuberung notwendig.

Leistungen der abgewählten Regierungspräsidenten.

Zus Münster i. W. wird uns geschrieben: Im Münsterlande und in Münster zählen die reaktionären Vereinigungen an die dreifach, gibt es Geheimorganisationen, versteckte Waffenlager, sabotierende Verwaltungsbeamte und Landräte, die in ihrem Amte die schwarzweiße Flagge aufziehen lassen. Im Bereiche des Wehrkreiskommandos haben sich innerhalb der Reichswehr Zustände herausgebildet, die nach energischer Bemedur rufen. Während der Kommandierende der Reichswehr in Münster, Herr von Loßberg, sich zu einer in Münster stattfindenden Tagung des Bundes der Aufrechten einladen läßt und sich nachher bei dem hochverräterischen Gusevius damit entschuldigt, daß er leider nicht erscheinen könne, daß er aber dem Bunde großes Interesse entgegenbringe, gehen in der Reichswehr folgende Dinge vor: Zwischen den republikanisch gesinnten Leuten und den Monarchisten kommt es nicht nur zu mündlichen, sondern sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Offiziere sind durchweg monarchistisch. Kundgebungen monarchistischer Art werden lokal gefördert; gegen Republikaner wird rücksichtslos vorgegangen. In verschiedenen Räumen der Kasernen sind die monarchistischen Reichswehrsoldaten und die Republikaner der Reichswehr getrennt untergebracht. Während man aus dem einen Zimmer nationalistische Lieder hört, werden in den anderen Räumen revolutionäre Lieder gesungen. Das alles wurde uns von Reichswehrsoldaten unanfechtbar ausgelegt. Republikanische Angehörige dieser hiesigen Kompagnie werden ihrer Gesinnung wegen dauernd isoliert und mit Arreststrafen bedacht. Gegen Angehörige der ehemaligen Freikorps oder, die in den Kantinen und Mannschafts-räumen monarchistische Propaganda betreiben, die Fahne der Republik und die Regierungsvertreter verächtlich machen, wird nicht eingeschritten. Diese Zustände sind nur möglich durch die große Duldbarkeit, die die hiesigen Behörden den Rechtsboldschewisten angedeihen lassen. Der bisherige Regierungspräsident, Herr Merfeldt, hat durch seine Nachlässigkeit gegen rechts so großen Schaden in Münster entstehen lassen, daß seine Absetzung längst gegeben war. Auch Major Kirsch dürfte keine Stunde mehr im Amte bleiben. Nachfolgendes Material möge dies belegen: Nach zuverlässigen Angaben von Schupobeamten herrschen unter der Schupopolizei ähnliche Zustände wie bei der Reichswehr. Angehörige des früheren Freikorps Schulz erfahren eine ganz offensichtliche Bevorzugung. Ältere republikanische Beamte werden zu Ungunsten; 13 republikanische Beamte wurden aus Münster und Umgebung entfernt. Als man nun dem Minister des Innern, Genossen Severing, die „Missetaten“ der Gemahregelten vorlegte, zeigte sich, daß man die Beamten nur ihrer Gesinnung wegen entfernt hatte. Darum wurde ihre Rückverlegung verfügt, nachdem Vernehmungen beim Regierungspräsidenten die vollkommene Unschuld der „Delinquenten“ dargelegt hatten. Das Regierungspräsidentium wurde angewiesen, die Beamten wieder nach Münster zurückzuführen. Darauf hat der jetzige Kommandeur der Schupo, nach Aussage eines nunmehr im Zivildienst tätigen Wachmeisters, dem Herrn Major Kirsch vom Regierungspräsidentium telefonisch gesagt, man solle dem Herrn Minister melden, die Rückverlegung sei erfolgt. Damit solle man die Sache als erledigt betrachten und die Leute da lassen, wo sie seien! —

## Schöne Zustände.

Wie die B.P.N. hören, haben sich in der Schupopolizei Marienwerder infolge der Untätigkeit des früheren Regierungspräsidenten Grafen Baudissin unerfreuliche Zustände entwickelt. So hat unlängst ein Schupopolizeioffizier vor versammelter Mannschaft sich dahin geäußert, daß es in Preußen nicht besser werden könne, solange diese Dammeregierung (er gedachte einen derbereren Ausdruck) bestehe. Ein anderer Offizier derselben Schupopolizei hat die Mannschaft gegen das Verbot der Teilnahme an einem Reiterfest durch den Minister des Innern auszuwegeln. Auf Grund von Vorstellungen der Koalitionsparteien aus dem Bezirk Marienwerder hat der Minister des Innern angeordnet, daß eine Ministerialkommission sich sofort dorthin begibt und die regierungsfeindliche Kollation in der Schupopolizei unterdrückt. Die beiden schuldigen Offiziere hat der Minister des Innern sofort vom Dienst suspendiert.

nach dem in einer Zeit der entfesselten Habgier sich möglicherweise verbrecherische Hände ausstrecken könnten. Es ist daher begreiflich, daß der Mann mit den goldenen Rippen ein Gegenstand besonderer Bewachung ist. Aber er lebt und freut sich seines Lebens, und will noch lange der dankbare Schuldner seiner Berufsgenossenschaft und seiner Artzge bleiben.

Ein Fehlschuß der Filmoberprüfstelle. Die hiesige Regierung hatte gemäß § 4 des Reichsfilmbildungsgesetzes bei der Filmoberprüfstelle beantragt, den Film „Fredericus Rex“ zu verbieten. Dieser Antrag gelangte vor der Oberprüfstelle unter Vorbehalt ihres Leiters Balde zur Verhandlung. Als Sachverständige waren geladen der Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit Künzler und die Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann und Dr. Fischer. Nach eingehender Verhandlung, in der die Sachverständigen, insbesondere der Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit bekundet hatten, daß der Film nicht geeignet sei, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden, wurde der Antrag Hessens zurückgewiesen. — In der Begründung dieser Entscheidung wurde ausgeführt, daß es Aufgabe der Polizei sei, Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu verhindern. Es sei aber nicht Aufgabe der Filmoberprüfstelle, eine vorübergehende Störung oder eine nur zu befürchtende Störung zu verhindern und einen Film zu verbieten, bei dem zwar Störungen verhängt würden, aus Gründen jedoch, die außerhalb seines Inhaltes liegen.

Sowohl der Reichskommissar wie der Filmoberzensor scheinen uns hierbei eine beneidenswerte Weltfriedlichkeit offenbart zu haben. Wenn irgendein Film, so hat der Reichskommissar die öffentliche Ordnung gefährdet, indem er zu monarchistischen Kundgebungen Anlaß gab.

Konfessionelle Statistik in der Tschechoslowakei. Die letzte Volkszählung in Böhmen ergab 78,2 Proz. Personen römisch-katholischer Religion, 9,8 Proz. Religionslose, 6,5 Proz. Anhänger der Nationalkirche, 4 Proz. Protestanten, 1,5 Proz. Juden.

Das Verzeichnis der national wertvollen Kunstwerke, deren Ausfuhr ohne Genehmigung verboten ist, ist erschienen und vom Sekretariat III des Reichsministeriums des Innern an jeder Einfindung von 30 Pf. und Porto zu beziehen. — Es kommt leider sehr spät und für manche Fälle zu spät, um so mehr ist zu wünschen, daß alle Behörden ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß dieser nationale Kunstfonds unangefastet bleibt.

Die Goethe-Fähne, eine neue Fahnenart, wird, nachdem ihr Hindertlicher Leiter Otto Reichenow die Konzession erhalten hat, im Herbst im neuen Heim, Klosterstr. 13, erstellt.

Das Schicksal der Dillendorfer Theater hat sich nun dahin entschieden, daß tatsächlich die Direktoren Dammann und Schömann sich gesonnen haben, das „Zauberhaus“ zu schließen. Die städtischen Theater (Stadttheater und Volkstheater) verbleiben unter der Leitung des Intendanten Dr. Billa-Bader.

Ein Vorschlag für Verbesserung in der Sprachlehre. Zur einheitlichen Verständigung der Reduzierten in der Sprachlehre hat der Reichsminister des Innern auf Anregung der Gesellschaft für deutsche Bildung einen Vorschlag eingelegt. In Klammern wurden benannt: Dr. Bolzano in Frankfurt a. M., der die Frage anregt hat, Dr. Bittel in Berlin-Friedenau, Professor Conrad Engel in Bornum, Dr. Krüger an der Berliner Lehrerbildungsanstalt und Prof. Sälzer in Averbud i. B.

Praktische Verbindung zwischen England und Indien. Wie der hiesige Welt-Telegrapher mitteilt, beschließt die indische Regierung eine große drahtlose Station zu errichten, die die direkte Verbindung mit England herzustellen soll. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen.

# Getreideumlage oder Zuchthaus.

Der Landbund organisiert den Widerstand gegen die Sicherung des Brotes für die Armen.

Wir teilten gestern Abend mit, daß der Landbund im Kreis Lebus seine Mitglieder „verschleudert“ zum Kampfe gegen die Ernährungsunsicherheit des deutschen Volkes aufgerufen hat. Das amtliche Kreisblatt für den Kreis Simmern, die „Hunsrücker Zeitung“, vom 7. Juli leistet es sich sogar, den Vorstand des Oberrheinischen Landbundes an hervorragender Stelle seine Mitglieder auffordern zu lassen, „daß kein Mitglied des Oberrheinischen Landbundes sich an der Durchführung des Gesetzes in irgendeiner Form beteiligt“. Die Herren des Vorstandes unterzeichnen mit ihren Namen. Deht sollten diese Vaterlandsverräter von der zuständigen Stelle persönlich aufgefordert werden, an der Durchführung des Gesetzes im Rahmen der sie zwingenden Bestimmungen mitzuwirken. Weigern sie sich, an der Sicherung der Volksernährung mitzuarbeiten, dann mögen sie ins Zuchthaus kommen, wo sie hingehören.

## Die Stellungnahme der Berliner USP.

Wir berichteten im gestrigen Abendblatt über die Konferenz der Berliner USP-Funktionäre. Die dort mit großer Mehrheit angenommene Entschließung lautet:

„Die Funktionäre der USP, Groß-Berlins billigen die Beschlüsse der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion, insbesondere die Schöpfung einer Arbeitsgemeinschaft durch beide sozialistischen Reichstagsfraktionen.“

Die Nachlieferung der Arbeiterklasse kann nur das Werk einer in sich geschlossenen Arbeiterklasse sein. Die Verabschiedung der Gesetze zum Schutze der Republik bilden erst einen Anfang. Zu ihrer Durchführung und zu der schleunigen Niederwerfung der Reaktion ist das Maximum der Einigung im Kampfe herbeizuführen.

Die Parteileitung hat daher auch weiterhin alle Mittel zu prüfen und anzuwenden, die geeignet sind, diese Einigung zu einer dauernden zu gestalten. Der kommende Parteitag hat auch hierüber die letzte Entscheidung zu fällen.“

## Mörderorganisation als Kaffeekränzchen.

Die Untersuchungsaktion in der Morbische Rathenau hat einwandfrei erwiesen, daß die in Deutschland bestehenden rechtsradikalen Organisationen nichts weiter sind, als Musterstätten für geheime Mörderverbände. Anlässlich dessen hat sich die Mehrzahl der Staatsregierungen veranlaßt gesehen, den „Bund nationalsozialistischer Soldaten“, den „Bund der Aufrechten“ und andere Verbände zu verbieten. Damit hat jedoch die Existenz dieser Organisationen noch nicht aufgehört; denn tagtäglich ergeben sich neue Beweise, die ein illegales Fortbestehen der genannten Verbände bestätigen. Der „Soz. Parlamentsdienst“ ist in den Besitz einwandfreien Materials gelangt, das eine finanzielle Umgruppierung und Neuorganisation des „Bundes der Aufrechten“ beweist. Am Sonntag, den 16. Juli, fand im Evangelischen Vereinshaus zu Bodum eine Delegiertenkonferenz des „Bundes der Aufrechten“ statt, bei der circa 60 Vertreter der Ortsgruppen in Westfalen und des Rheinlands anwesend waren. Nahezu alle Teilnehmer waren bewaffnet. Als Referent trat der Zentralleiter des verbotenen Bundes, Kaufmann Wunderlich aus Berlin, auf, der sich zurzeit als Schriftsteller ausgibt, jedoch lediglich die illegale Neuorganisation des Bundes betreibt. Die Ausführungen und Anweisungen Wunderlichs verfielen in größter verbrecherischer Weise gegen das Verbot des Innenministers und gegen die Verordnung des Reichspräsidenten.

Wunderlich teilte den Delegierten z. B. mit, daß der „Bund der Aufrechten“ der Druckerei des Berliner „Reichsboten“ 80 000 M. schulde. Da sämtliche dem „Bunde der Aufrechten“ zugewiesenen Gelder beschlagnahmt werden, sollen fortan alle Mittel unter der Chiffre „Schulden für Druckaufträge“ der Druckerei des „Reichsboten“ in Berlin überwiesen werden. Das bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung der Finanzierung und damit die Aufrechterhaltung der geheimen Organisation! Diese Feststellung findet in den weiteren Ausführungen Wunderlichs ihre Bestätigung. Wunderlich empfahl z. B. den Delegierten weiter, nicht in andere „nationale“ Bünde überzutreten. Man solle sich vielmehr bei „Kaffeekränzchen“ und „harmlosen“ Ausflügen treffen, bei dieser Gelegenheit einen harmlosen Postkartengruß mit der Unterschrift sämtlicher Teilnehmer nach Berlin senden. Dadurch bekomme die Zentralleitung einen Überblick über die Zahl ihrer Mitglieder. Ferner teilte Wunderlich mit, daß am 22. Oktober in Berlin ein Verbandstag stattfinden, der vor der Öffentlichkeit als „Konzert“ ausgegeben werden soll.

Der Delegierte der etwa 150 Mann starken Münsterischen Ortsgruppe, Herr Gusevius, äußerte unserm Gewährsmann gegenüber: „Der Nord an Rathenau ist leider viel zu früh gekommen.“ Eine der Delegierten in Bodum war auch Fräulein Hedwig Diederhoff, Redaktionshelferin. Sie ist Lehrerin an einer Privatschule und erzieht noch ihren eigenen Kindern im Geiste der Rache. Am Tage der Ermordung Rathenaus hat sie eine Freudenfeier veranstaltet.

Die vorstehenden Einzelheiten, die auf Wunsch noch weiter ausgeführt werden können, bieten einwandfreie Anhaltspunkte für die Verurteilung rechtsradikaler Führer, die verbreiteten Organisationen illegal weiter bestehen zu lassen. Mit der Anklagenverfügung der einzelnen Staatsregierungen ist also der verfolgte Zweck noch lange nicht erreicht.

Der Abgeordnete Genosse Siebel hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht, die unter anderem besagt:

Nach mir gewordenen Mitteilungen ist das Verwaltungsbureau des deutschnationalen Jugendbundes, Rauerstr. 87, befremdlicherweise mit seiner Fernsprechanleitung an die Reichsfernsprechanzentrale im ehemaligen preussischen Kriegsministerium in der Leipziger Str. 5 angeschlossen. Das Bureau steht unter der Leitung des ehemaligen Offiziers v. Bülow.

## Sepp Dertter deutschnationaler Zutreiber.

Braunschweig, 21. Juli. (Ug. Drahtbericht.) Anlässlich einer prosozialistischen Rede des jetzt parteilosen Demagogen Dertter kam es heute vormittag in der Sitzung des Braunschweigischen Landtages zu einem Handgemach zwischen Dertter und einigen von ihm schwer gezeigten unabhängigen Abgeordneten. Raum hatte sich ein Anlauf um Dertter gebildet, als mehrere deutschnationale Abgeordnete ihm von der rechten Seite des Saales zu Hilfe eilten und mit den unabhängigen Abgeordneten handgemein wurden. Die ganze Szene machte offensichtlich den Eindruck, als ob die Dertterische Propagation auf Verbreitung mit den Deutschnationalen geschehen wäre. Die Sitzung wurde sofort auf eine Viertelstunde vertagt. Nachdem die Fraktionen anschließend Stellung zu dem Zwischenfall genommen hatten, wurde im Kleinsten Ausschuss beschlossen, den Landtag bis auf weiteres zu vertagen. Damit befindet sich Braunschweig im Zustande einer latenten Regierungskrise. Das bestehende Kabinettsmitglied die Regierungsgeschäfte weiterzuführen, bis mit der neuen Session die Frage der Regierungsumbildung von neuem aufgerollt werden wird. In den Kreisen der sozialistischen Fraktionsgemeinschaft ist man der Ansicht, daß die Auflösung des Braunschweigischen Landtages und seine Neuwahl nicht zu umgehen sein wird. Der am Montag stattfindende Unterbezirksparteitag der SPD, Braunschweigs wird zu der politischen Lage entscheidende Beschlüsse fassen.

# Pilsudski zurückgetreten.

Einem Drahtbericht der Telegraphen-Union aus Warschau zufolge, dem allerdings eine offizielle Bestätigung bisher fehlt, ist der Rücktritt Pilsudskis nunmehr vollendete Tatsache. Damit wäre die polnische Krise in ein kritisches Stadium eingetreten, dem während sich Korjant bei so ziemlich genau der Hälfte des polnischen Parlaments hochgradiger Unbeliebtheit erfreut, ist der Staatschef General Pilsudski eine außerordentlich populäre Figur, sowohl in der Armee als Gründer der polnischen Legion wie auch in der Arbeiterkategorie als ehemaliger Sozialist. Die Erbitterung der Arbeiterkategorie gegen die Ernennung Korjant zum Ministerpräsidenten durch den Sejm-Ausschuß hat sich bereits in einem großen Proteststreik Luft gemacht und würde durch die Demission des Staatspräsidenten noch gesteigert werden.

Begnadigungsrecht des Reichspräsidenten in Militärstrafsachen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Justizminister in einer Allgemeinen Verfügung darauf hin, daß sich nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums die Fälle häufen, in denen nach Ablauf einer von dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts oder dem Reichspräsidenten zugelassenen Bewährungsfrist die endgültige Begnadigung durch die Gerichte ausgesprochen wird. Der Justizminister bemerkt, daß in diesen Fällen die Entscheidung darüber, ob der bedingt Begnadigte sich während der Bewährungsfrist bewährt hat und endgültig begnadigt werden soll, dem Reichspräsidenten zuzustehen.

Hakenkreuze in Reichsbanknoten. In der Reichsbank liegen, wie es scheint, ganze Abteilungen von Dunkelmännern, die sich ein Verpönnen daraus machen, wäsläst ungeniert auf die Republik zu lachen. Jetzt haben solche Leute sogar eingeführt, in den Kontrollbüchern die einzelnen Effektenkonten mit Hakenkreuzen anzuzeichnen. Korrenzhände beschmierien bekanntlich Tisch und Bänke. Es wird Zeit, daß sie mal was auf die Pfoten bekommen!

# Wirtschaft

## Der Kampf gegen Außenhandelsstellen und Ausfuhrabgabe.

Interessentenkreise der Industrie und des Handels versuchen mit viel Eifer und Ausdauer den Nachweis zu führen, daß wir in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr mithinkommen. Man klagt, daß die Spanne, die zwischen Inlands- und Auslandspreis bestand, immer mehr verschwindet und damit der Vorprung aufgehoben wird, den die deutsche Industrie bisher gegenüber dem Ausland besaß. In Verbindung damit steht eine ganz planmäßige Kattation für die Aufhebung der Außenhandelsstellen und die Aufhebung der Ausfuhrabgaben. Man will einen freien und uneingeschränkten Warenverkehr, der sich durch irgendwelche behördliche Maßnahmen oder finanzpolitische Besetzung nicht gebindert sieht. Die Sozialdemokratie hat wiederholt auf das Ungehörige der Entwidlung hingewiesen, als die Inlandspreise weit über das Maß des Zulässigen und volkswirtschaftlich Begründeten hinaus stiegen. Gerade die Interessenten des Handels und der Industrie haben aber immer wieder betont, daß diese Angleichung an den Weltmarktpreis die notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche innere wirtschaftspolitische Entwicklung ist. Leichtfertig sollte man sich über den Einwurf der Sozialisten hinweg, daß eine etwaige Besserung der Welt nach einem Ausgleich der Inlands- und Auslandspreise auf den Außenhandel zurückzuführen würde. Deht, wo die Angleichung in der Preislage annähernd eingetreten war, mehren sich allerdings die Stimmen, die das Bedenkliche eines solchen Zustandes hervorheben. Dennoch bleibt, zumal nach der neuen Verschlechterung der Welt, eine erhebliche Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis, der die Konkurrenz der deutschen Industrie stark begünstigt. Die Aufhebung der Ausfuhrabgabe ist ganz unangebracht, im Gegenteil, es würde sich bei dem gegenwärtigen Stand der Welt empfehlen, die Ausfuhrabgabe erheblich zu erhöhen, um einen Teil der Ausfuhrerlöse, die unbedeutenderweise den kapitalistischen Interessenten zufallen, der Finanzverwaltung zugute kommen zu lassen.

In diese Klagen mischt sich bereits aus Industriekreisen das Verlangen, die Löhne im Inland abzubauen. Bewerterwert ist, was darüber die „Industrie- und Handelszeitung“ in Nr. 132 ausführt:

Nicht nur im Bergbau, sondern auch in anderen Industrien mehren sich die Anzeichen, daß die Preise der Industrieerzeugnisse den Weltmarktpreis erreicht oder überstiegen haben und daß die ausländische Industrie nicht nur die deutsche auf ausländischen Weltmärkten verdrängt, sondern auch den Absatz im deutschen Inland einengt. Erneut ist in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß der Lohnabbau im Ausland weiter fortschreitet und damit eine Verbilligung der ausländischen Produktion eintritt, die sich in einem weiteren Nachlassen der Weltmarktpreise bemerkbar machen kann und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Auslands- und Inlandmarkt führen muß. Daß das Ausland diesem Ziel näher gekommen ist, beweist die Verminderung der deutschen Ausfuhrmengen. Es kann gar kein Zweifel sein, daß in der Verminderung der deutschen Ausfuhr sich die Verteuerung der deutschen Weltmarktpreise seit Februar dieses Jahres auswirkt und daß dabei neben der Verteuerung der Rohen und Frachten auch die Steigerung der Löhne ihren bedeutenden Anteil hat.

Bewußt sind die Löhne im Ausland in den letzten Monaten stark herabgedrückt, aber zu gleicher Zeit sind auch die Preise für Lebensmittel, besonders in England und Amerika, erheblich rückwärts gegangen. Dennoch bleibt im Vergleich mit den Löhnen in Deutschland — umgerechnet nach unserer Währung — eine so große Differenz, daß diese Lohnherabsetzungen im Ausland nicht die Erklärung für die Annäherung unserer Warenpreise an den Auslandsmarkt abgeben. Hier beruht man sich auf den Rückgang der Löhne im Ausland nur in der Absicht, auch in Deutschland unter dem Vorwand, daß wir nicht mehr konkurrenzfähig sind, zum Lohnabbau überzugehen. Dafür liegt ein berechtigter Grund nicht vor. Industrie und Handel werden sich auch darüber klar werden müssen, daß die übermäßigen Gewinne, die sie im Außenhandel erzielt haben, nunmehr eine gewisse, durchaus tragbare Beschränkung erfahren müssen. Die kapitalistischen Interessentenkreise werden sich daran gewöhnen müssen, einmal wieder genau zu kalkulieren und es wird nicht minder notwendig sein, daß die Regierungsmaßnahmen erweist, die geeignet sind, das Verfloppeln deutschen Kapitals nach dem Ausland zu verhindern.

Erhöhung des Goldzollaufgebots. Für die Zeit vom 26. Juli bis einschließlich 1. August 1922 beträgt das Goldzollaufgebots 10 400 Prozent.

Preisstabilisierung in Sowjetrußland. Die im Mai und Juni dieses Jahres in Erscheinung getretene Stabilisierung der Lebensmittelpreise in Sowjetrußland hat auch in der ersten Hälfte des Juli angedauert. Die Steigerung der Preise für Industrierwaren hält zwar an, doch ist ihr Tempo wesentlich langsamer geworden. Auch die Wolwa- und Wolpreise im freien Verkehr der „Schwarzen Börse“ waren gegen Ende Juni noch einer vorübergehenden Steigerung auf den Stand vom Ende Mai zurückgegangen. Die staatliche Handelsstelle für Kohlen bietet verschiedene Sorten von Steinkohlen franto Moskau (Bahnhof) zum Preise von 67,6 bis 113,7 und Koks zu 189,4 Rubel pro Tsd (= 16,38 Kilogramm) an. Die Moskauer Detailpreise in der ersten Julihälfte betragen für Kattun 70, Baist 150, Saiten 143 pro Kilo, Wolstoffe 110, Petrolium 12, Räder 35 bis 65 Rubel des Rusb., Stiefel 2800 Rubel des Rusb., Eisenmeier 240, Ägerte 507, Senfen 450 Rubel des Stieb. Ähnliche Preise verstehen sich 1 Rubel Muster 1922 (= 10 000 Rubel alten Musters).







Sonntägliche Wanderziele.

Der Unterspreewald.

Mit dem Fernzug vom Borsiger Bahnhof bis Halbe (bei den Tügen von der Stadtbahn in Niederschöneweide umsteigen) Sonntagserläuferte, die zur Hinfahrt am Sonnabend schon von 12 Uhr mittags an berechnigt. III. Klasse 21 M., IV. Klasse 17 M. Ein umfangreiches Waldgebiet, das zugleich reich an Seen und Wasserläufen ist, dehnt sich von Königswusterhausen bis Lübben aus. Den Mittelpunkt bildet der Unterspreewald. Vom Bahnhof Halbe wandert man auf der Chaussee durch Riesenwald zu dem 5 Kilometer östlich gelegenen Wendisch-Buchholz an der Dahme, die wir vor der Stadt überschreiten. Wir können hierher auch mit dem Postauto fahren. Die erste Runde von dem Städtchen geht auf 1346 zurück, wo es zum Aufsichtsbezirk des Profles zu Storkow gehörte. Vor dem Ort wandert man von der Chaussee nach Süden, am Wehr über den Umflutkanal zur Bürgerhöhe. Am Beginn des Waldes halbwegs zum Besten des Köthener Sees. Rechts liegt der 142,5 Meter hohe Wehlaberg, dessen Vermessungsgerüst wir schon von Wendisch-Buchholz aus sehen können. Auf dem Südufer des Köthener Sees nach Köthen, und dann in der Nähe des Sees nach Groß-Wasserburg, eine alte Wasserburg am Rande des Unterspreewalds. Der Unterspreewald bildet den nördlichen Teil der von der Spree durchflossenen großen Niederung, in der sie sich in zahlreiche oberflächlich miteinander verbundene Arme teilt. Das Gebiet des Unterspreewalds liegt bei Lübbenau, während sich der Unterspreewald unterhalb von Lübben etwa 15 Kilometer weit nach Norden erstreckt; er ist 3,5 bis 6 Kilometer breit. Wendische Sprache und Sitten sind im Unterspreewald völlig erloschen; auch die eigenartigen Trachten, die im Unterspreewald üblich sind, fehlen hier. Etwa der dritte Teil des Unterspreewalds ist von prächtigem Laubwald bedeckt, in dem die Erle vorherrscht.

Rufen wir auf eine Bahnfahrt verzichten, dann wandern wir von Groß-Wasserburg südlich bis zur Chaussee von Schlepzig nach Krausnick. Links führt sie durch den Buhl, ein prächtiges Waldgebiet, nach Schlepzig. An der Stelle des Gasthofs „Zum grünen Strand der Spree“ stand bis zum 19. Jahrhundert ein schon 1374 erwähnter Eisenhammer, der den Raseneisenstein der Umgebung verarbeitete. Von der Chausseekreuzung erreichen wir nach rechts in kurzer Zeit das freundliche Dorf Krausnick, am Südhang der Krausnick-Berge gelegen, zu denen auch der Wehlaberg gehört. Von Krausnick wandern wir halbwegs durch den Wald am Wehlaberg vorüber zum Bahnhof Oderlin. Von hier treten wir die Heimfahrt an. Den Fahrpreisunterchied bis Halbe müssen wir zahlen. Weglänge etwa 28 Kilometer.

Am Tegeler Mühlenfließ.

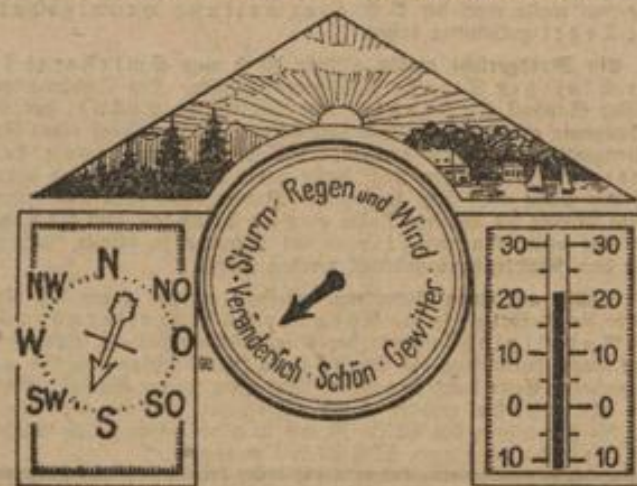
In Tegel beginnen wir die Wanderung. Wir gelangen dorthin entweder mit der Vorortbahn vom Stettiner Vorortbahnhof oder mit der Straßenbahn (Linie 22, 26, 125, 126). Von der Endhaltestelle der Straßenbahn an der Berliner und Schlossstraße wandern wir durch die Hauptstraße zum Strand des Tegeler Sees hin. Wir kommen an der „krummen Brücke“ vorbei, einem uralten Baum, den man ausgemauert hat, um ihn zu stützen. Tegel, jetzt ein dicht bevölkertes Industrieort Groß-Berlins, war bis vor wenigen Jahrzehnten ein stilles Dörfchen, nach dem die Berliner auf Sommerfrische zogen. Der Name Tegel ist der plattdeutsche Ausdruck des hochdeutschen Wortes Tegel, wie das Dorf in der Pfarrmatrikel von 1716 auch wirklich genannt wird. Der Tegeler See erstreckt sich in einer Länge von 4 Kilometer und Breite von 1,5 Kilometer bis zur Havel bei Spandau. Wir wenden uns rechts auf der Uferpromenade zur Brücke über das Mühlenfließ, das hier in den Tegeler See mündet. An der Mündung befinden sich umfangreiche Hafenanlagen, auch endet hier die Industriebahn von Friedrichsfelde, die im großen Bogen nördlich um Berlin führt.

Westwärts der Brücke wandern wir nach rechts zur Schloßstraße zurück. Rechts liegt die Humboldt-Mühle, jetzt eine Dampf-mühle, die früher vom Fließ getrieben wurde. Mühle und Dorf sind 1361 von den Römern in Spandau gekauft worden, die sie bis zur Reformation behielten. In der Nähe der Humboldtmühle kam es 1410 zu einer Schlacht zwischen der Berliner Bürgerwehr und dem Raubritter Dietrich von Dühnow, der den Berliner das Vieh von der Weide getrieben hatte. Hierbei wurde der Berliner Ratsherr Niklas Wins sowie eine Anzahl anderer Berliner gefangen genommen und nach der Feste Bögom verschleppt. Links sehen wir das Schloßchen

Tegel, ursprünglich 1660 als Jagdschloß erbaut, der Wohnsitz der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt, die auch in dem schönen, leider unzugänglichen Schlosspark begraben liegen.

Wir gehen etwas nach links und biegen dann auf der Hermsdorfer Chaussee rechts ab. Kurz nachdem wir die Kremmener Eisenbahn überschritten haben, wenden wir uns nach rechts und haben bald die Wiesenniederung mit dem Mühlenfließ erreicht. In zahlreichen Windungen schlängelt es sich dahin. An einem kleinen Beispiel sehen wir hier, was die großen Flüsse und Ströme nicht so übersichtlich vor Augen führen. Ein derart gewundener Lauf ist ein Meander, so genannt nach dem gleichfalls in zahlreichen Windungen fließenden Meandros in Kleinasien. Das Tegeler Mühlenfließ entspringt in der Gegend von Basdorf und Schönerlinde. Nach der Vereinigung mehrerer Quellbäche fließt es an Schilddow, Lübars und Hermsdorf vorbei nach Tegel. Es ist eine der zahlreichen Rinnen, die den Barnim entwässern. Wir wandern dem Fließ entgegen und kommen zur Siedlung Tegel. Der Weg zeigt uns schöne Uferpartien, da das Fließ am Waldrande seinen Lauf nimmt. Am jenseitigen Ufer liegt Freie Scholle, eine der ältesten genossenschaftlichen Siedlungen Berlins. Wir wandern jetzt auf der Chaussee weiter, die uns bald zum Bahnhof Hermsdorf bringt. Von hier fahren wir nach Berlin zurück. Weglänge 8 Kilometer.

Wie wird das Sonntagswetter?



Am letzten Sonntag drang ein außerordentlich umfangreiches atlantisches Tiefdruckgebiet von der Nordsee nach der süddeutschen Ostsee vor, wo es sich nach Vereinigung mit einem zweiten aus Südeuropa hergekommene Tief noch verstärkte und mehrere Tage lang in der Nähe der deutschen Küste liegen blieb. Unter seinem Einfluß dauerte das trübe, kühle, windige Regenwetter in fast ganz Deutschland bis nach Mitte der Woche mit nur kurzen Unterbrechungen fort. Besonders in Pommern und Brandenburg kamen ungewöhnlich starke Niederschläge vor, die sich an vielen Orten täglich wiederholten. Beispielsweise fielen von Sonntag bis Montag morgen in Greifenberg 82, in Rügenwalde 68, in Köslin sogar 102 mm, von Montag bis Dienstag in Putbus auf Rügen 77, in Küstrin 70, in Landsberg 75 und von Dienstag bis Mittwoch morgen in Berlin 43, in Eberswalde und Frankfurt a. O. 60 mm Regen. In der Nacht zu Dienstag erhoben sich in Nordost- und Mitteldeutschland stürmische westliche Winde, die bis gegen Abend anhielten. Erst zwischen Mittwoch und Donnerstag nachmittags klärte sich der Himmel im größten Teile des Reiches zwischen einzelnen leichten Regenschauern mehr und mehr auf und wurde es auch wieder etwas wärmer. Am Freitag stieg das Thermometer in Berlin bis 24°, Grad Celsius. Nach Entfornung des nördlichen Tiefs ist ein Hochdruckgebiet von Frankreich nach Süddeutschland und Deutschösterreich gelangt, jedoch rückt bereits ein neues Tief vom Atlantischen Ozean ziemlich rasch gegen Skandinavien vor. Bei uns dürfte sich daher der Wind nach Südwesten, vorübergehend nach Süden drehen, das Wetter am Sonnabend und wohl auch am Sonntag vormittag trocken und ziemlich heiter bleiben und die Erwärmung noch zunehmen. Nachmittags oder abends ist jedoch am Sonntag neue Trübung und wieder etwas Regen wahrscheinlich.

Etappenhelden.

Kriegsverbrecherprozess in Gent.

Am kommenden Donnerstag beginnt, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, vor dem Schwurgericht in Gent ein Prozess, der ein während des Krieges vor dem deutschen Feldkriegsgericht in Brüssel verhandeltes Verbrechen wieder aufrollen soll. Er betrifft die Ermordung des belgischen Grafen d'Udekem d'Acoz auf Schloß Rudderovoerde bei Brügge, die im Frühjahr 1915 von dem Rittmeister Freiherrn v. Sögern und dem Leutnant Prinz v. Stolberg-Wernigerode-Uslar begangen sein soll. Beide gehörten der Garde-Kavallerie-Division an. Der eigentliche Mörder soll der Rittmeister v. Sögern sein, der mit der stark hysterischen Frau des sehr reichen Grafen ein Verhältnis unterhielt. Das Motiv der Tat war, wie seinerzeit das deutsche Feldkriegsgericht feststellte, gemeine Habgier. v. Sögern strebte nach dem Riesenbesitz des belgischen Grafen.

Die Ermordung ging nach dem deutschen Untersuchungsergebnis folgendermaßen vor sich: Eines Tages fuhr der Rittmeister und der Prinz im Automobil vor dem Schloße des Grafen vor und erklärten diesem, sie hätten den Auftrag, ihn in das Hauptquartier der 4. Armee in Thiel zu bringen. Seine königliche Hoheit Herzog Albrecht von Württemberg, der Armeeoberbefehlshaber, wünschte ihn sofort zu sprechen. Der Graf folgte ahnungslos der Aufforderung. Als das Auto durch den Wald fuhr, ließ es der Freiherr v. Sögern anhalten. Jetzt erklärte er dem besüßigten Grafen, daß einer von beiden jetzt auf der Welt sei und ein „Duell“ entscheiden müsse, wer von ihnen übrig bleibe. Sie zerrten den Grafen vom Wege ab und drückten ihm eine Pistole in die Hand, die wohl geladen, aber unbrauchbar war. Der unglückselige Graf war auf den ersten Schuß nicht tot, sondern nur milder schwer verwundet. Er war bei vollem Bewußtsein und erkannte jetzt, daß seine Ermordung beschlossen war. Er beschwor den Mörder sowohl als auch den dabeistehenden Prinzen, ihn am Leben zu lassen. Er wollte unter Eid versprechen, den Vorfall geheim zu halten. Weder der Prinz noch der Freiherr erhörten sein Flehen. Von Sögern hielt die Pistole an die Schläfe seines Opfers und drückte erbarmungslos ab. Dann scharrte er ihn mit Hilfe einer im Automobil mitgeführten Schaufel wie einen Hund im Walde ein. Freiherr und Prinz wurden erst zwei Jahre später zur Verantwortung gezogen. Im Februar 1917 zu Brüssel. 52 Kriegsverbrecher, die den Armeen des Bestens angehörten, wohnten der Verhandlung des Feldkriegsgerichts bei. Ebenso ein besonderer Vertreter des Kaisers. Die Anklage lautete gegen v. Sögern auf Mord und gegen den Prinzen von Stolberg-Wernigerode-Uslar auf Beihilfe zum Mord. Das Urteil erkannte nur wegen Totschlags auf Strafe. In der Begründung hieß es, es sei nicht erwiesen, daß die beiden Täter dem Toten mit Absicht eine unbrauchbare Pistole unterschoben hätten. Aber der „weite Schuß“, der sogenannte „Bangschuß“, ist zweifellos „Totschlag“ gewesen. So kam v. Sögern sehr billig weg, noch billiger der Prinz. Der letztere erhielt nur sechs Monate Festungshaft, die er nicht einmal abzuzinsen brauchte. — Beide sollten nun am kommenden Donnerstag, 27. Juli, von dem Genter Schwurgericht, natürlich in Abwesenheit, nochmals abgeurteilt werden.

Das Urteil, das in diesem Falle von einem deutschen Feldkriegsgericht gegen zwei Vertreter der Aristokratie gefällt wurde, muß jedem gefunden Rechtsempfinden ins Gesicht schlagen. Die hier gekennzeichneten Etappenhelden gehören zu jener Sorte von „Führern des deutschen Volkes“ in der „glorreichen Zeit“, die durch ihre Verworfenheit mit dazu beigetragen haben, die Stimmung der in der befreiten Kampfen sich verbütenden Truppen und des in der Heimat schaffenden Volkes herabzubrüden, und die das deutsche Ansehen, auf das ja gerade in diesen Kreisen so überaus hoher Wert gelegt wurde, schändeten.

Waffenfunde auf dem Schlesißen Bahnhof.

Der „Herr im Hause“ hat „nichts gewußt“.

Gestern wurde auf Veranlassung des Bezirksbetriebsrats der Eisenbahndirektion Berlin, der durch den örtlichen Beamterrat des Schlesißen Bahnhofs benachrichtigt war, die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums ersucht, die in den dortigen Diensträumen befindlichen Waffen zu beschlagnahmen. Die Feststellung der Kriminalbeamten ergab, daß im Materialmagazin 14 Gewehre mit der dazugehörigen Munition im Schrank versteckt waren.

Wie uns mitgeteilt wird, war gerade der Chef des Eisenbahnbetriebsamts, Herr Regierungsbaurat Dr. Steinbrecher, dem der Personenbahnhof unterstellt ist, anwesend. Dieser Herr wollte den beiden vom Polizeipräsidium entsandten Beamten die Beschlagnahme verbieten und erklärte ihnen, daß er nur auf

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Erwachen Sie, Richard Faltin, fühlen Sie Schwere und Druck aus Kopf und Gliedern weichen, öffnen Sie die Augen und seien Sie meines Befehls eingedenk.“ Der Arzt lehrte dem Medium den Rücken. „Jetzt wird es wohl erlaubt sein, sich eine Zigarette anzuzünden?“ fragte er, worauf der Präsekt blühhell eine auf dem Schreibtisch stehende silberne Kaffeekanne ergriffen hatte, deren getriebenen Deckel er öffnete. „Hier, Herr Doktor, bedienen Sie sich. Und auch Sie, meine Herren.“ rief er.

„Ich denke, daß man inzwischen das Automobil bereitstellen lassen könnte.“ sagte Klaus Garbislander.

„Wollen wir denn die Fahrt sofort unternehmen?“ fragte Ludolin.

„Natürlich!“ entgegnete der Schriftsteller. „In weniger denn fünf Minuten wird Richard Faltin erwacht sein; wir dürfen nicht lange zögern.“

Der Präsekt drückte auf den Klingelast, worauf ein Polizist das Zimmer betrat, dem Ludolin einige Worte in russischer Sprache zurief, worauf der Mann wieder verschwinden wollte, von Garbislander jedoch am Arm erfaßt und zurückgehalten wurde.

„Er könnte Mantel und Hut des Patienten auch gleich zur Stelle schaffen.“ sagte er, worauf der Mann, ehe er das Zimmer verließ, noch eine zweite Weisung empfing.

„Ich bin neugierig, wie noch nie in meinem Leben.“ murmelte der Bankdirektor, der die ganze Zeit über keinen Blick von Faltin gewendet hatte, der nun, nachdem er einen tiefen Atemzug getan, die Augen aufschlug. Da er den Bankdirektor sah, tat er nichts dergleichen, und mit keiner Miene verriet er, daß er wisse, wen er vor sich habe. Er erhob sich nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen, vorerst schwankend, torkelnd wie ein Betrunkener, von seinem Stuhl, und schien hierauf angestrengt jemand oder etwas zu suchen.

Rittmeister wie war der Polizist erschienen, der Richard Faltins Garderobe brachte; Jordan half seinem Medium in den Mantel und drückte ihm den Hut aufs Haar. Auch die übrigen hatten sich inzwischen reisefertig gemacht.

„Wenn es gefällig ist!“ rief der Präsekt, der voraneilen wollte, dem Faltin jedoch den Weg vertrat, worüber Herr Ludolin einigermassen verblüfft war.

„Sie vergessen“, klärte der Schriftsteller ihn auf, „daß er den Befehl erhalten hat, uns zu führen, daß er das Versprechen gegeben, gehorsam zu sein, und daß er infolgedessen auch von Ihnen, Herr Präsekt, in seiner Pflichterfüllung sich nicht stören lassen will!“

19.

Faltin eröffnete den Zug, der über die Treppe hinabschritt und den Herr Ludolin im Parterre verließ, da er allenfalls noch zwei Leute zur Bedeckung mitnehmen wollte. Als Garbislander von der Absicht Ludolins erfuhr, bat er ihn, Zivilagenten und keine Schuppleute heranzuziehen, da es doch galt, vorerst größeres Aufsehen zu vermeiden. Während der Präsekt die zunächstliegende Tür geöffnet hatte und dort eingetreten war, hatten die anderen ihren Weg fortgesetzt, bis sie das vor dem Tor wartende Automobil erreicht hatten.

„Da wir sechs Personen sind, können wir unmöglich in einem Wagen untergebracht werden!“ rief der Arzt.

„Richard Faltin muß sich auf jeden Fall neben mich setzen.“ erklärte der Präsekt, der inzwischen die Gruppe erreicht hatte.

„Was fällt Ihnen ein?“ unterbrach ihn Doktor Jordan.

„Faltins Platz ist neben dem Chauffeur!“

„Nichts anderes wollte ich sagen, da ich doch selbst chauffiere.“

„Und ich benütze mit den Agenten einen zweiten Wagen.“ entschied Herr Lubatschow, der die beiden stämmigen Männer, die der Präsekt zur Bedeckung der Gesellschaft ausgewählt und eingereiht hatte, in ein Gefährt einsteigen ließ, das er inzwischen herbeigewinkt hatte und in das er als letzter nachfolgte, nachdem er dem Lenker eingeschärft hatte, sich dem voranfahrenden Automobil auf den Fersen zu halten.

Der Chauffeur hatte inzwischen seinen Platz verlassen und ihn dem Präsekten abgetreten, vor dem er ehrerbietig die Mütze zog, die Herr Ludolin ihm in der nächsten Sekunde aus der Hand nahm, um sie auf den eigenen Kopf zu setzen, worauf er auch seinen Stadtpelz gegen das Lederjackett des Chauffeurs vertauschte, der den Wagen links anfuhr, während Ludolin, hinter dem Bolant sitzend, die Handschuhe über die Finger streifte.

Der Rotor ratterte und knatterte, der Chauffeur sprang

zur Seite, und der Präsekt überblickte nochmals die Insassen des Wagens, die Teilnehmer an der Expedition. Der Bankdirektor und der Schriftsteller saßen in der Fahrtrichtung, während Doktor Jordan den Rückensitz erhalten hatte.

Inzwischen befand man sich in voller Fahrt. „Sehen Sie nur, wie Faltin unsern Führer dirigiert.“ küsterte Direktor Roos, der sattsungslos erstaunt war.

„Was wundert Sie daran?“ fragte der Arzt. „In Gedanken verfunken?“ wendete er sich unvermittelt an den Schriftsteller, der, die schmalen Lippen aufeinandergepreßt, schweigend dasah. Da er keine Antwort erhielt, sendete er den Blick durch das Seitenfenster auf die Straße, über die sich die ersten Schatten einer früh und vorzeitig einfallenden Dämmerung senkten. Das Getriebe, das hier im belebten Stadteil herrschte, war bunt und lebendig. Ameisen gleich krabbelten die Passanten über die Steige und Straßen, und von einer hastigen, zugleich zwecklosen Beschäftigung schienen sie erfüllt. Allmählich wurde es stiller und die Wogen der Fußgänger ebneten ab oder schlugen doch nur seltener über die eine oder die andere Passage.

Unter den letzten elektrischen Lampen, deren Helligkeit die mit billigen Vorstadtland geschmückten Schaufenster in ihrem kümmerlichen Glanz erstrahlen ließ, spazierten geschmückte Frauen, die an den Straßenenden wartend standen und einander zuriefen. Soldaten, junge Leute gingen, die Weiber mit einem leeren Lächeln musterten, vorbei; die Besucher im hochgeschlagenen Manteltragen geborgen, als ob sie geradeaus schauten, dennoch ständig blinzeln und die Augen verdrehend, stolpernd und stetzten vielerlei Gestalten vorüber. Frauen gingen da und dort, Schrittmachern gleich, voran und verschwand hierauf in trüb beleuchteten Hauseinfahrten. Seide raschelte, Pelzwerk glänzte, Straßentot säumte Spigen-unterröcke; hochgewachsene waren da, rot geschminkt, puppenhaft, mit überhängenden Haaren, die durch grellfarbige Bänder gehalten wurden, wie bei zwölfjährigen Mädchen. Aus ausgeschnittenen Lackschuhen erwachsen dünne Beine, von Seidenstrümpfen umspannt, die Röcke fielen nicht viel weiter als über das Knie, die Brüste waren an den Körper gepreßt, wodurch eine kindhafte, eben erst in Entwicklung begriffene Jugendlichkeit vorgetäuscht wurde, die natürlich zu der herausfordernd bemalten Frauke in kraffem Widerspruch stand. Ein föhlicher Geruch von Parfüm und Schwefel schwamm über dem Ganzen. . . . (Fortsetzung folgt.)



